



Verein «NEIN zu staatlich finanzierten Medien»

Referendumskomitee – c/o Dr. Philipp Gut – Geschäftsleiter
Föhrenweg 8 – CH-5600 Lenzburg – info@gut-communications.ch – 079 796 15 19

Juni 2021

Verfassungswidrigen und marktverzerrenden Griff in die Staatskasse verhindern!

Meinungsfreiheit verkaufen?

NEIN zu staatlich finanzierten Medien

Bundesrat und Parlament wollen in den kommenden 7 Jahren zusätzliche Subventionen an die Schweizer Verleger (und deren Aktionäre) in Höhe von rund 1 Milliarde Franken verteilen. Damit werden die bestehenden Medienmonopole zementiert – zulasten der freien Meinungsbildung und der Medienvielfalt. Staatlich gelenkte Medien passen jedoch nicht zu einer demokratischen und freiheitlichen Schweiz. Daher gilt es, dieser Steuergeldverschwendung durch das Ergreifen des Referendums entgegen zu treten – unsere Meinungsfreiheit darf nicht verkauft werden!

Die geplante Medienförderung des Bundes macht die Verlage und ihre Medien vom Staat abhängig. Sie ist marktverzerrend, verfassungswidrig und schadet der Demokratie. Trotzdem haben National- und Ständerat die entsprechenden Gesetze abgesegnet. Jetzt bleiben **100 Tage Zeit, dagegen mit 50'000 Unterschriften das Referendum zu ergreifen**. Dazu hat sich der Verein «NEIN zu staatlich finanzierten Medien» konstituiert.

Subventionen an reiche Dynastien

Den **Milliarden-Geldsegen aus der Bundeskasse** würden hauptsächlich die Grossverleger einstreichen. Denn selbst börsennotierte Verlage wie die TX Group («Tages-Anzeiger»), Medienkonzerne wie die NZZ oder reiche Verlegerdynastien wie die Ringiers oder die Wanners würden im grossen Ausmass profitieren. Ebenso die von Millionären finanzierten Mediengenossenschaften.

Verlogene Argumentation

Die Zeitungsverleger argumentieren, der Staat müsse ihnen die «**Transformation ins Internet**» bezahlen. Das ist Augenwischerei, denn diese Transformation hat längst stattgefunden. **Die grossen Verlage erzielen schon heute bis 80 Prozent ihres Gewinns im digitalen Geschäftsfeld.**

Weiter rufen die Verleger nach Subventionen, weil sie «**demokratie-relevante Informationen**» zu verbreiten hätten, also staatstragend und systemrelevant seien. Das überzeugt nicht. Erstens sind Verlage, die nicht am Staatstropf hängen, viel glaubwürdiger. Und zweitens werden die Verleger ihre Tageszeitungen auch ohne Steuergeld herausgeben. Wollen sie ihr Geschäft nicht mehr selbst betreiben, finden sie für ihre Zeitungen bestimmt Abnehmer.

An der Realität vorbei argumentiert auch der Bundesrat. Gemäss seiner Botschaft will er die Schweizer Medien vor Google, Facebook & Co. schützen. Das verfängt nicht. **Die Digitalisierung ist**

eine Realität, der sich auch andere Branchen stellen müssen. Sie lässt sich mit Staatsgeld nicht aushebeln.

Entlarvende Intransparenz

Ins falsche Spiel, mit dem sich die Politik die Medien gefügig machen will, passt die Intransparenz des Vorhabens: Welche Verlage wie stark von den Subventionen profitieren, will niemand sagen. Das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) schreibt: **«Hierzu können wir keine Angaben machen»**. Dasselbe teilt auch der Verlegerverband mit.

Das unverschämte Betteln scheint selbst den Verlegern peinlich zu sein. In einem Interview in den hauseigenen Regionalzeitungen vom 10. Oktober 2020 sagte NZZ-Präsident Etienne Jornod auf die Frage, ob der NZZ-Verlag «Staatsgelder ablehnen» würde: *«... Das wäre dumm, wenn die anderen das Geld nehmen. Aber Subventionen sind immer ungesund. Unsere Branche muss fähig sein, ihre Produkte zu verkaufen.»*

Die Milliarden-Ausgaben in der Übersicht

Die Verlage kassieren aus den Radio- und TV-Abgaben heute schon jährlich 100 Millionen Franken. Weitere rund 130 Millionen schenkt ihnen der Bund durch einen reduzierten Mehrwertsteuersatz. Jetzt soll diese **Bevorzugung nochmals massiv aufgestockt werden**. Und dies für mindestens 7 Jahre.

Die neuen Gesetze sehen folgende jährliche Mediensubventionen vor:			
Bereich	Subventionen in Mio. Franken		
	Best.	neu	total
▪ Verbilligung Transporttaxen Tages-/Wochenzeitungen	30	+ 20	50
▪ Verbilligung Transporttaxen Mitgliedschafts-/Stiftungspresse	20	+ 10	30
▪ Verbilligung Früh- u. Sonntagszustellung Tages-/Wochenzeitungen	0	+ 40	40
▪ Aus-/Weiterbildung, Presserat, Nachrichtenagenturen, Verlags-IT	3	+ 25	28
▪ <u>Online-Medien mit Publikumseinnahmen (Abos)</u>	0	+ 30	30
Total Mediensubventionen	53	+ 125	178

Zusammen mit den Geldern aus den TV-Abgaben und der reduzierten Mehrwertsteuer würden die Verleger die Steuerzahler künftig jährlich rund **400 Millionen Franken** kosten, also über die nächsten 7 Jahre **gegen 3 Milliarden!** Dabei darf nicht vergessen werden: **Die Steuerzahler und Firmen unterstützen über die Radio- und TV-Gebühren die mediale Landesversorgung bereits jährlich mit 1,37 Milliarden Franken.** Die Bevölkerung zahlt heute schon mehr als genug für die Medien.

Medienförderung ist verfassungswidrig

Um den Kniefall der Politik vor den Medien umsetzen zu können, schlägt der Bundesrat eine Änderung des Postgesetzes und des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) vor. Dabei missachtet die Regierung die Bundesverfassung. Diese schreibt in **Art. 93 BV vor, dass der Bund ausschliesslich Radio und Fernsehen unterstützen darf – und nicht Presse oder Online.**

Die Verfassungswidrigkeit der Mediensubventionen ist auch innerhalb der Bundesverwaltung aktenkundig. Die Wettbewerbskommission (Weko) geisselt die Geldverteilung als **«verfassungswidrig», «wettbewerbsverzerrend»** und **«ineffizient»**. Sie beantragte dem Bundesrat, den Ausbau der Subventionen **«vollumfänglich zu streichen»**.

Auch das Bundesamt für Justiz meldet grosse Vorbehalte gegenüber dem Mediensubventionspaket an. **Die Medienförderung «bleibt heikel»**, mahnen die bundeseigenen Juristen.

Universitätsgelehrte wie der Verfassungs- und Medienrechtler Prof. Urs Saxer von der Universität Zürich halten die Subventionen für **«sehr problematisch»** (NZZ, 28.7.2020). Und Prof. Dr. iur. Paul Richli, em. Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Luzern, stuft die Online-Förderung als **«eine unzulässige Wettbewerbsverzerrung»** ein.

Subventionen kosten viel und bringen nichts

Die verfassungswidrige Steuergeldverschleuderung soll ausgebaut werden, obwohl mit den bisherigen **Millionenzahlungen absolut nichts erreicht** wurde. Sie haben den **massiven Verlust an Meinungsvielfalt** nirgendwo aufgehoben. Zeitungsfusionen und Redaktionsschliessungen führten praktisch überall zu journalistischer Schalkost und medialem Einheitsbrei. **Die politische Debatte erreicht daher die Bürgerinnen und Bürger medial kaum mehr.**

Die Subventionen an die Verleger sind auch wirtschaftlich unbegründet. In den vergangenen Jahren verdienten die fünf marktbeherrschenden Verlage des Landes **jährlich gegen eine halbe Milliarde Franken und zahlten einen dreistelligen Millionenbetrag an Dividenden aus.** Die Verleger und ihre Aktionäre können ihre **betrieblichen Aufgaben somit selbst finanzieren.** Diese nun auf die Steuerzahler abzuwälzen, ist gerade in der aktuell für viele schwierigen Zeit **dreist und unanständig.**

Allein im Coroa-Jahr 2020 verbuchten die Tagesanzeiger-Gruppe (TX Group), die NZZ, Ringier und CH Medien zusammen einen operativen Gewinn von sage und schreibe 275 Mio. Franken.

Für jedes Online-Abo 60 Prozent vom Staat

Neu sollen auch Online-Medien subventioniert werden. Aber nur jene, die abonniert sind. Kostenlose Medienangebote – ob Online oder Print – sind von der Staatsförderung ausgeschlossen.

Der Bund möchte den Verlegern künftig für jedes Online-Abonnement sage und schreibe **80 Prozent des erzielten Preises** zustecken. **Damit geht eine gravierende Marktverzerrung einher**, welche die **monopolartige Machtkonzentration** der Verleger in den Regionen weiter zementiert. Damit können sie – staatlich finanziert – gleich auch noch den **Online-Markt unter sich aufteilen.** Nicht subventionierte **Konkurrenzmedien werden so mit staatlicher Hilfe aus dem Markt gedrängt.** Künftig gäbe es **nicht nur eine Medienschwindsucht im Print, sondern auch Online!**

Abonnementszwang – gegen die Jungen und unsozial

Die geplanten Subventionen sind zutiefst unsozial. Von ihnen profitieren nur jene begüterten Gesellschaftsschichten, die sich ein Zeitungs- oder Online-Abonnement leisten können.

Normalverdienende, Senioren und junge Menschen jedoch sind darauf angewiesen, ihre Informationen auch **kostenlos** beziehen zu können. Mit seinem Abonnementszwang übergeht und diskriminiert der Staat alle wenig begüterten Bürgerinnen und Bürger. Zudem wird dem Nutzer- und Leseverhalten der jungen Generation in keiner Art und Weise entsprochen. Das ist Gift für die Einbindung der kommenden Generation in die politische Willensbildung und Mitwirkung.

Einheitsbrei statt Wächterfunktion

Staatlich finanzierte Medien **verlieren ihre Wächterfunktion** gegenüber Politik und Verwaltung. Ihre Staatsabhängigkeit macht sie unglaubwürdig, die Leserinnen und Leser werden sich von ihnen abwenden.

Die Subventionen fördern zudem die **inhaltliche Schwächung der Medien**. Der **Konzernjournalismus**, bei dem vom Bodensee bis zum Genfersee dasselbe geschrieben wird, führt zu einem **staatspolitisch gefährlichen Einheitsbrei**. Laut einer Studie der Universität Zürich stieg der Anteil an Medienbeiträgen, die gleichlautend in mehreren Zeitungen erschienen sind, von 2018 bis 2020 von 10 auf 21 Prozent. Diese Entwicklung geht weiter und schadet der Demokratie. Sie darf durch Subventionen nicht noch weiter gefördert werden.

Steuergeld falsch eingesetzt

Das Nutzungsverhalten der Medienkonsumenten hat sich radikal geändert. Gemäss der Universität Zürich setzten 2019 bereits 61 Prozent der Konsumenten auf **Online-News**. Das ist der bei weitem höchste Anteil unter allen Mediengattungen. Alle anderen Medien verloren in den letzten zehn Jahren drastisch an Marktanteilen: die Abo-Zeitungen minus 25 Prozent, TV minus 24 Prozent.

Fast 100 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer zwischen 14 und 39 Jahren nutzen das Internet regelmässig. Genauso ältere Generationen. Bei den 50- bis 59-Jährigen sind es über 90 Prozent. Selbst bei den über 70-Jährigen sind es noch mehr als die Hälfte, mit stetig steigendem Anteil.

Damit wird klar: **Es ist falsch, hunderte von Steuergeld-Millionen für die gedruckten Zeitungen zu verfeuern und zugleich die Online-Konsumenten in ein teures Abonnement zu zwingen.**

Referendum «NEIN zu staatlich finanzierten Medien»

Im Sinne der **Meinungsfreiheit und Medienvielfalt** müssen die neuen, schädlichen Gesetze bekämpft werden. Auf dem Spiel steht die **Unabhängigkeit des Journalismus** und **die mediale Versorgung der (ganzen) Schweizer Bevölkerung**. Von Staatsmillionen abhängige Medienmonopole sind **Gift für das Funktionieren unserer direkten Demokratie**.

Aus all diesen Gründen hat sich unter Medienunternehmer und alt FDP-Nationalrat Peter Weigelt der Verein «NEIN zu staatlich finanzierten Medien» konstituiert. Ihm gehören Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Medien an. **Mit dieser breit abgestützten «Bewegung von unten» soll der von Kumpanei, Monopoldenken und staatlicher Bevormundung geprägten Schweizer Medienpolitik Einhalt geboten werden. Zu Gunsten von Freiheit und Vielfalt – für alle.**